



# AARGAU

AARGAUER TAGBLATT AARAU, WYNENTAL-SUHRENTAL, LENZBURG-SEETAL

## «Die Entschuldigung begrüesse ich sehr»

Lehrerin am Pranger SVP-Aargau-Präsident Thomas Burgherr kritisiert Andreas Glarner's Vorgehen, hat aber Verständnis für das Anliegen seines Nationalratskollegen

VON NOEMI LEA LANDOLT

Am Sonntag hat er es doch noch getan. SVP-Nationalrat Andreas Glarner entschuldigte sich im «Sonntalk» auf Tele MI bei der jungen Zürcher Lehrerin. Was er getan habe, sei nicht korrekt gewesen. Am Dienstag hatte er die Handynummer der Lehrerin auf Facebook veröffentlicht und dazu aufgerufen, ihr mitzuteilen, «was man davon hält». Die Lehrerin hatte Eltern darauf hingewiesen, dass für muslimische Kinder am Tag des Fastenbrechens schulfrei ist und sie dafür keinen Jorkertag einsetzen müssen (die AZ berichtete). Diese Regelung hatte sich die Lehrerin nicht etwa selbst ausgedacht. Sie steht so im Zürcher Schulgesetz und auch in jenem des Kantons Aargau. Doch das interessierte den SVP-Nationalrat nicht beziehungsweise er wusste es gar nicht. «Ich konnte nicht annehmen, dass die Zürcher tatsächlich so eine Verordnung haben», sagte er im «Sonntalk».

### Der Austeiler muss einstecken

Vom öffentlichen Aufruf bis zur Entschuldigung verging fast eine Woche. Fast eine Woche, in der Glarner - der Austeiler - vor allem selber Kritik einstecken musste. Der Stadtzürcher Schulvorsteher Filippo Leutenegger (FDP) stellte sich hinter die Lehrerin und äusserte sein Befremden über Glarner's Verhalten. Der Angriff sei «nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch unhaltbar». Die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) bezeichnete Glarner's Verhalten als «inakzeptabel». Er überschreite «jegliche Form von politischem Anstand und Fairness». Die Bildungsdirektion werde die Lehrerin unter-

stützen falls sie rechtliche Schritte in Erwägung ziehe. Glarner's Entschuldigung findet Steiner «eher halbherzig», wie sie gegenüber «Radio Top» sagte.

Selbst Parteikollegen griffen Glarner an. «Kein Politiker sollte öffentlich eine Lehrerin an den Pranger stellen, die einfach ihren Job macht», sagte der Zürcher Nationalrat Alfred Heer zum «SonntagsBlick».

Glarner selbst war sich lange keiner Schuld bewusst. Er redete sich raus und sogar seine Entschuldigung im «Sonntalk» war mit einem Aber verbunden. Der SVP-Nationalrat argumentierte, er habe nicht wissen können, dass es sich um die private Handynummer der Lehrerin gehandelt habe. Im Brief sei die Nummer als «Schulhandy» deklariert gewesen. Und dieses könne man nach Feierabend abschalten.

Auch gegen die Medien teilte Glarner aus. Sie würden die Affäre hochkochen,



Thomas Burgherr findet es nicht richtig, dass Andreas Glarner eine Lehrerin an den Pranger stellte.

weil sie vom eigentlichen Problem ablenken wollten. Die Kinder seien während des Ramadans nicht konzentrationsfähig. Die Grundsatzfrage, die man nicht diskutieren wolle, laute: «Wie viel Schulbetrieb ordnen wir dem Islam unter?», so Glarner in der TV-Sendung.

### Burgherr bricht sein Schweigen

Auffallend ist: Weder Parteichef Albert Rösti noch Thomas Burgherr, der Präsident der SVP Aargau, wollten sich letzte Woche zum Fall äussern. Zumindest Burgherr stand die letzten Tage aber in Kontakt mit Glarner und hat die Sache mit ihm besprochen, wie er nun auf Anfrage der AZ sagt. «Die Entschuldigung begrüesse ich sehr», sagt Burgherr. Die Frage, ob er Glarner eine öffentliche Entschuldigung nahegelegt habe, beantwortet er nicht. Er sagt: «Es war sicher nicht richtig,

die Lehrerin in die Sache miteinzubeziehen.»

In der Sache gibt der Parteipräsident Glarner aber recht: «Er wollte die Bevölkerung wachrütteln und aufzeigen, dass heute andere Religionen zum Teil gegenüber dem Christentum bevorzugt werden.» Burgherr selber findet, «jedes motivierte Sonderrecht, das im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung steht, sollte abgeschafft respektive abgelehnt werden». Stattdessen sollte die Gesellschaft wieder vermehrt zum «christlich-abendländischen Fundament unseres Staatswesens, unserer Rechtsordnung und unserer Kultur stehen». So habe er im Gespräch auch Glarner's Anliegen verstanden.

Laut «SonntagsBlick» soll der Fall heute auch Thema in der Fraktionssitzung im Bundeshaus sein. Dazu sagt Burgherr: «Am Donnerstag war noch nichts traktandiert.»

### Nicht der erste Problemfall

Glarner ist nicht der erste Aargauer Nationalrat, der im Wahljahr aus der Reihe tanzt und für negative Schlagzeilen sorgt. Angefangen hat es mit Urgestein Maximilian Reimann. Der 77-Jährige wurde aufgrund einer Altersregelung nicht mehr nominiert, entschloss sich aber, auf einer eigenen geschaffenen Seniorenliste noch einmal anzutreten. Im März sorgte dann Luzi Stamm mit einem Kokainkauf sowie dem Transport eines Koffers voll Falschgeld für Irritationen im Bundeshaus. Dazu kommt, dass sich mit Martin Keller überraschend ein Kandidat aus der Politik zurückgezogen hat, dessen Name bereits auf der Nationalratsliste stand. Die SVP Aargau muss deshalb Ende Juni noch einen Kandidaten nachnominieren (siehe Text links).

### NACHNOMINATION

## Bezirksparteien melden vier Kandidaten

Martin Keller hat sich entschieden, auf eine Kandidatur für den Nationalrat zu verzichten. Deshalb muss die SVP Aargau eine Nachnominierung durchführen (die AZ berichtete). Die Meldefrist für Kandidaturen ist am Freitag abgelaufen. Die Bezirksparteien hätten vier Kandidaten gemeldet, teilt die Findungskommission der SVP Aargau mit. Aus dem Bezirk Bremgarten will Grossrat und Landwirt Christoph Hagenbuch auf die Liste. Die Bezirkspartei Lenzburg

meldete Ueli Haller, Gemeindepräsident und Chef der Schiffahrtsgesellschaft Hallwilersee, als Kandidaten. Aus dem Bezirk Baden stellt sich Grossrat und Gemeindeammann Werner Scherer zur Wahl. Aus dem Bezirk Brugg Sandro Wächter, Gemeinderat und IT-Unternehmer. Als weiterer Kandidat wurde im Vorfeld auch Naveen Hofstetter, Präsident der SVP Rothrist, gehandelt. Seine Ortspartei Rothrist hatte ihn zuhause der SVP Bezirk Zofingen nominiert. Trotzdem ist Hofstet-

ter nun nicht unter den Kandidaten. Christian Glur, Bezirkspräsident und selber Nationalratskandidat, sagt, Hofstetter wäre sicher auch ein guter Kandidat gewesen. Aber der Bezirk Zofingen sei mit vier Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste bereits «ausreichend vertreten», weshalb die Bezirkspartei keinen Kandidaten gemeldet habe. Wer den freien Platz bekommt, entscheiden die 350 Delegierten und 118 Kantonsvorstandsmitglieder am ausserordentlichen Parteitag am 21. Juni.